

Die Christliche Rechte in Europa: Eine Gesamtschau

Von Gionathan Lo Mascolo und Kristina Stoeckl

Wenige Wochen vor den ungarischen Parlamentswahlen 2018 betritt Pastor Sándor Németh, Leiter der 70.000 Mitglieder zählenden Pfingstgemeinde, für den Sonntagsgottesdienst die Bühne der größten Megachurch Europas in Budapest. Wie üblich, wird der Sonntagsgottesdienst über sein familiengeführtes Medienimperium im Fernsehen und im Internet an Zehntausende von Haushalten übertragen.

Auf die Frage aus seiner Gemeinde, ob er den rechtsextremen Politiker Viktor Orbán als einzig geeigneten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten unterstütze, erwidert Németh, was er in den letzten Monaten wiederholt gesagt hat: Die Opposition zu wählen, würde bedeuten, „10.000 Moslems pro Jahr ins Land zu lassen“. Weiter behauptet er, dass nur Orbán Ungarn vor gleichgeschlechtlichen Ehen und einer Geschlechterideologie schützen könne. Zudem fürchtet er, dass sich „das ungarische Christentum nie wieder erholen würde“, wenn man *Islamisierung* und *Kulturmarxismus* in Ungarn zuließe (Adam 2018).

Ein Jahr später und ein paar tausend Kilometer weiter südlich ist der Platz vor dem Mailänder Dom mit Menschen gefüllt, als Matteo Salvini, stellvertretender italienischer Ministerpräsident und Chef der rechtspopulistischen Lega, den Wahlkampf seiner Partei für das Europäische Parlament beschließt. Zuvor hatte er Äußerungen von Papst Franziskus zur Aufnahme von Geflüchteten kritisiert und sich dabei auf einige der Schutzheiligen Europas berufen: „Ich persönlich vertraue Italien, mein Leben und das Eure Mariä und ihrem Unbefleckten Herzen an; sie wird uns gewiss zum Sieg führen“, verkündete er und zog dabei einen heiligen Rosenkranz aus seiner Brusttasche - unter dem tosenden Beifall seiner Anhänger*innen, die italienische Fahnen schwenkten (Vista Agenzia 2019). 2022, zwei Jahre später, wird

Giorgia Meloni, Salvinis Konkurrentin und Verbündete, schließlich die erste italienische Ministerpräsidentin mit einer neofaschistischen Vergangenheit. Während ihres Wahlkampfes betont sie die Bedeutung von „Gott, Heimat und Familie“ - eine moderne Neuinterpretation von „Gott und Heimat“, dem faschistischen Leitspruch, den Benito Mussolini zuvor verwendet hatte (Evolvi 2023).

Im selben Jahr hält Patriarch Kirill, Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche mit ihren rund 100 Millionen Gläubigen, seine wöchentliche Sonntagspredigt, die aufgrund ihrer homophoben und antiwestlichen Rhetorik abermals weltweit für Schlagzeilen sorgt. Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine begründet der Patriarch den Krieg zunehmend theologisch und befördert die Idee des *Heiligen Russlands (Russkij Mir)* als letzte Bastion des Christentums gegen die vermeintliche moralische Korruption des Westens. In seiner Predigt geht er auf die kurz vorher gemachte Ankündigung seines langjährigen Verbündeten, Wladimir Putin, ein, Reservekräfte zu mobilisieren, um die russische Invasion in der Ukraine zu unterstützen. Dazu erklärt er: „Die Kirche erkennt, dass, wenn jemand – getrieben von dem Pflichtgefühl und Bedürfnis, seinen Eid zu erfüllen – seiner Berufung treu bleibt und bei der Erfüllung des Wehrdienstes sein Leben lässt... dieses Opfer sämtliche Sünden, die diese Person begangen hat, abwäscht " (Radio Free Europe 2022).

Auch wenn sich diese Ereignisse Tausende von Kilometern voneinander entfernt abgespielt haben, ist klar, dass es sich weder um Einzelfälle noch um bloße Zufälle handelt. Sie zeugen von einer Entwicklung, die weltweit an Bedeutung zunimmt. Diese Entwicklung ist weder auf Europa beschränkt, noch ist sie nur innerhalb des Christentums zu finden; man findet sie auch als christlichen Nationalismus in den USA und Brasilien, als Hindu-Nationalismus in Indien und als religiösen Zionismus in Israel. Diese Begebenheiten sind Symptome subtiler, aber

folgeschwerer Veränderungen, die die aktuelle europäische Politik tiefgreifend prägen. Sie offenbaren zwei große, kollidierende Phänomene, die zu einer gefährlichen und weitreichenden Verquickung führen: Einerseits die Politisierung von Religion, die oft von religiösen Akteur*innen, Oberhäuptern und Institutionen vorangetrieben wird, und andererseits die Sakralisierung der Politik, die von rechtsextremen Parteien und Akteur*innen befördert wird (Van der Tol und Gorski 2022). Anzeichen für diese sich verändernde Dynamik lassen sich auf dem gesamten Kontinent in den letzten 20 Jahren in verschiedenen Stadien und Formen finden – von Portugal bis Rumänien und vom Vereinigten Königreich bis Griechenland. Die Verfechter*innen dieser Entwicklung haben die Absicht, sowohl die liberale Demokratie als auch die Rolle der traditionellen religiösen Autoritäten zum Kentern zu bringen. Sie tun dies, indem sie die etablierten Beziehungen und Normen zwischen Politik und Religion in Europa in Frage stellen.

Untersucht man diese Dynamiken jedoch lediglich innerhalb ihrer jeweiligen nationalen Grenzen, kratzt man an der Oberfläche. Die Ursprünge, Strategien und Einflussmöglichkeiten dieser Narrative und Akteur*innen sind nicht auf die Machtkorridore einer bestimmten Hauptstadt beschränkt; vielmehr überschreiten sie Grenzen, Ideologien und Konfessionen sowie institutionelle Barrieren, auch wenn sich die überwältigende Mehrheit der christlichen Kirchen in Europa nach wie vor klar zur liberalen Demokratie bekennt. Eine genauere Betrachtung bringt hoch komplexe Netzwerke zutage - in Europa und darüber hinaus - zwischen Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen, Öl- und Gasunternehmen, dubiosen Kapitalgeber*innen, staatlich finanzierten Wohlfahrtseinrichtungen und -vereinen, extremistischen Parteien und Gruppierungen, Kirchenoberhäuptern und anderen Initiativen. Diese Netzwerke haben sich im Geheimen miteinander verbunden, operieren abseits der Öffentlichkeit und bilden gewaltige und ehrgeizige

Lobbygruppen. So sind beispielsweise viele der vorbenannten Akteur*innen auf die eine oder andere Art mit dem *World Congress of Families* verbunden, einer mächtigen Organisation mit Sitz in den USA, die sich durch intensive Netzwerkarbeit auf globaler Ebene einen Namen gemacht hat und die in den länderspezifischen Fallstudien im vorliegenden Sammelband näher unter die Lupe genommen wird.

Diese vielschichtigen Entwicklungen belegen einen globalen Austausch von Ideen, Trends und Strategien im Rahmen einer Transformation, die generell eher mit dem US-amerikanischen Kontext in Verbindung gebracht wird. Obgleich sie mit den USA die meisten Gemeinsamkeiten aufweist, funktioniert diese Transformation ebenso nach eigenen Mustern und führte zur Entstehung einer christlichen Rechten in Europa.

Was ist die christliche Rechte in Europa?

Die Definition der *christlichen Rechten*, die der Auswahl und Analyse der Fälle im vorliegenden Band zugrunde liegt, besteht aus drei Elementen: Ideologie, Institutionen und Strategien. Wir definieren die christliche Rechte durch das, was ihre Vertreter*innen denken, wie sie operieren und welche Ziele sie verfolgen. In das Phänomen der christlichen Rechten beziehen wir ausschließlich die Gruppen ein, die die Definitionskriterien für die folgenden drei Aspekte erfüllen:

1. Die Ideologie der christlichen Rechten beinhaltet folgende Vorstellungen: Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen; Bevorzugung eines patriarchalischen Familienmodells (gemäß dem die gesellschaftlich wünschenswerte Familie aus einem verheirateten heterosexuellen Paar mit biologischen Nachkommen besteht); Ablehnung von Rechten in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechteridentität (z.B. gleichgeschlechtliche Ehe oder Transgender-Rechte); Islamophobie und die Überzeugung, dass das Christentum eine überlegene Religion ist; Unterstützung der

Idee, dass die eigene Nation christlich geprägt ist und dass das Christentum eine besondere Rolle in der Alltagskultur und der Politik eines Landes spielen sollte (z. B. wenn es um die Zurschaustellung religiöser Symbole im öffentlichen Raum oder das Begehen von Feiertagen geht); und schließlich der Glaube an Weltuntergangserzählungen, wie der *Große Austausch*. Abstrakter ausgedrückt, geben die im vorliegenden Band untersuchten Akteur*innen Nationalismus Vorrang vor Globalismus, Partikularismus vor Universalismus, rechtliche Hoheitsgewalt vor Völkerrecht, Patriarchat vor Gleichberechtigung, Hierarchie vor Demokratie, Kollektiv vor Individuum, Religion vor dem Säkularen und Pflichten vor Freiheiten. Zwar vertreten nicht alle Gruppen und Individuen, die wir in unsere Analyse einbezogen haben, jede einzelne dieser Vorstellungen, aber alle unterstützen mindestens eine davon innerhalb eines breiten Spektrums von konservativen bis hin zu rechtsextremen Ideen.

2. Die im vorliegenden Band untersuchten Akteur*innen der christlichen Rechten treten in verschiedenen institutionellen Formen in Erscheinung – als politische Parteien in der Regierung oder in der Opposition, als Politiker*innen, als epistemische Gemeinschaften allgemein bekannter Intellektueller, als Wissenschaftler*innen und Journalist*innen sowie als zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. Nichtregierungsorganisationen oder Wohlfahrtsverbände) sowie als religiöse Organisationen und Gruppierungen. Ein Element unserer Definition der christlichen Rechten in Europa ist, dass sie ein *vernetztes* Phänomen ist: Die hier untersuchten Gruppen von christlichen Rechten schließen sich über Konfessionsgrenzen (sie sind interkonfessionell) und über Ländergrenzen hinweg zusammen (sie sind international) (Lo Mascolo 2021). Christlich-rechte Organisationen gehen oftmals aus Kirchen und Gemeindegruppen hervor oder beziehen sich auf diese. Christlich-rechte Gruppen bekommen Unterstützung von Priestern oder Bischöfen, und sie nutzen den

kirchlichen Rahmen oftmals als Ort, um ihre Ideen und politischen Strategien zu verbreiten. Die im vorliegenden Band untersuchten christlich-rechten Gruppen sind jedoch meist *kleiner* und *konfessioneller* als die etablierten Kirchen. Genau genommen, stellen sie das christliche Establishment und die religiösen Hierarchien häufig in Frage, weil ihnen diese nicht konservativ genug sind. Nur in sehr seltenen Fällen werden ganze Gemeindeverbände Teil der christlichen Rechten.

Ein zentraler Punkt in Bezug auf die institutionelle Form der christlich-rechten Organisationen ist, dass die Mitglieder tatkräftig und vornehmlich identitär sind. Sie identifizieren sich aktiv mit der christlichen Rechten, und diese Identifikation wird zur Grundlage ihres Handelns: Sie stimmen bei Wahlen für christlich-rechte Kandidat*innen; sie nehmen an Kundgebungen und Veranstaltungen teil, die von diesen Gruppen organisiert werden; sie besuchen religiöse Versammlungen mit Priestern, die ihre ultrakonservativen Vorstellungen teilen oder sie konvertieren sogar zu einer anderen Religion, die weniger kompromissbereit gegenüber der modernen Welt ist; sie posten und folgen christlich-rechten Inhalten in den sozialen Medien; und einige von ihnen organisieren sogar ihr Privat- und Berufsleben so, dass sie Distanz zum Rest der Gesellschaft wahren können (z. B. durch Heimunterricht oder Selbstständigkeit).

Die christliche Rechte verfolgt Strategien, die darauf abzielen, den freiheitlich demokratischen Konsens, der die europäische Politik in den letzten Jahrzehnten geprägt hat, zu beeinflussen oder sogar radikal zu verändern. Insbesondere streiten sie um die Rolle von Religion in Gesellschaft und Politik als eine Frage der Identität. Im Gegensatz zum Prinzip der Trennung von Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten unterhalten die europäischen Länder unterschiedliche Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Während viele Länder einen Säkularisierungsprozess durchlaufen haben, halten einige an einer unterschiedlich

gearteten Form von Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat fest oder haben Staatskirchen (Madeley und Enyedi 2003). Unabhängig von den jeweiligen Ausgestaltungen erheben sämtliche, im vorliegenden Band enthaltenen Beispiele der christlichen Rechten in Europa Einwände gegen den Status quo des Verhältnisses zwischen Religion und Staat. Üblicherweise halten sie die bestehende Ausgestaltung für zu nachsichtig, betrachten das Verhältnis zwischen Staat und Religion als zu eng, kritisieren die Kirchen als zu liberal und kompromissbereit gegenüber dem säkularen Teil der Gesellschaft und wirken auf eine Stärkung des Status und der Sichtbarkeit ihrer christlichen Identität in Politik und Öffentlichkeit hin. Die von den Autor*innen des vorliegenden Bandes untersuchten Gruppen zielen größtenteils darauf ab, das freiheitlich demokratische System in ihren jeweiligen Ländern zu verändern, da sie es für zu *progressiv, liberal* und *säkular* halten. Andere versuchen, den Status quo aufrechtzuerhalten und zukünftigen Wandel da zu verhindern, wo eine konservative Politik vorherrscht. Beispiele für Strategien und Ziele der christlichen Rechten sind: Die Verhinderung oder Abschaffung von Gesetzen zu sexuellen und reproduktiven Rechten; die Forderung und Umsetzung einer restriktiven Migrationspolitik, insbesondere in Bezug auf muslimische Immigrant*innen; die Schaffung oder Aufrechterhaltung verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Bestimmungen, die es Minderheiten erschweren, gleiche Rechte zu erlangen; die Durchsetzung der nationalen Rechtshoheit gegenüber EU-Institutionen oder internationalen Menschenrechtsvorschriften; das Eintreten für eine Politik, die der Familie als Einheit Vorrang vor einzelnen Familienmitgliedern einräumt (z. B. bei der Besteuerung); und die Forderung nach einer privilegierten und sichtbaren Rolle des kulturellen Christentums im öffentlichen Raum bei gleichzeitigem Ruf nach Auflösung der privilegierten Stellung der etablierten Kirchen.

Im Kontext hochgradig säkularisierter europäischer Gesellschaften werden derartige Forderungen von der Öffentlichkeit häufig als obsolet und Meinungen von Minderheiten abgetan, zumal die christliche Rechte oftmals nur *eine* Strömung in ansonsten äußerst säkularen, identitären, rechtsextremen Parteien darstellt. Bei einer rein nationalen Betrachtung werden das Aufkommen und das Potenzial politisch orientierter, religiöser Netzwerke mit derartigen Forderungen schnell unterschätzt. Derartige Gruppen werden mitunter als zusammenhanglos, minoritär und unbedeutend in ihren jeweiligen Kontexten wahrgenommen. Aus einer transnationalen Perspektive jedoch bilden sie ein mächtiges Netzwerk und eine bedeutsame - wenn auch minoritäre - Untergruppierung der extremen Rechten in Europa. Aus diesem Grund enthält der vorliegende Band zahlreiche Länderfallstudien; diese sollen die ideologische Konvergenz zwischen verschiedenen Konfessionen und Netzwerken sowie zwischen Akteur*innen aufzeigen, die die gleichen ultrakonservativen Konzepte und politischen Ziele verfolgen.

Entlang dieser drei Dimensionen – *Ideen, Institutionen, Strategien* - haben die Autor*innen des vorliegenden Bandes die christliche Rechte in Europa bestimmt. Sobald man sich als Leser*in mit den Fallstudien befasst, bekommt man ein klareres Gefühl für diese Definition, die nicht statisch ist, sondern ein veränderliches Ziel umschreibt.

Eine häufig anzutreffende Definition der christlichen Rechten besagt, dass sie *fundamentalistisch* ist. In Bezug auf Ideen und Institutionen trifft dies häufig zu. Wenn es jedoch um Strategien geht, nicht unbedingt. Religionssoziolog*innen sind sich einig, dass religiöser Fundamentalismus ein Phänomen ist, das in sämtlichen religiösen Traditionen (Christentum, Islam, Hinduismus usw.) vorkommt und dass der Begriff selbst ursprünglich aus der protestantischen Theologie stammt (Almond, Appleby und Sivan 2003; Marty und Appleby 1991-1993). Fundamentalistische Religionen sind

jedoch nicht immer politisch. Tatsächlich haben fundamentalistisch-konfessionelle Gruppen in der Vergangenheit versucht, sich von *der Welt* zurückzuziehen, die sie als heidnisch oder dem Untergang geweiht betrachten. Der Begriff '*fundamentalistisch*' erfasst also eine entscheidende ideologische Dimension des Phänomens der christlichen Rechten (*Ideen*), legt sich aber in Bezug auf die praktischen (*Institutionen*) und politischen (*Strategien*) Folgen dieser ideologischen Entscheidungen nicht fest. Im Gegensatz zu den fundamentalistischen Gruppen, die sich aus der Welt zurückziehen, greift der christlich-rechte Fundamentalismus aktiv in die Politik ein.

Ein weiterer Aspekt bezüglich der Definition betrifft die Frage, ob die christliche Rechte aus religiösen Gruppen besteht, die sich politisieren, oder (umgekehrt) aus politischen Gruppen, die sich religiöse Ideen aus politisch-opportunistischen Gründen zu eigen machen? Tatsächlich erklären beide Pfade das Entstehen der christlichen Rechten in Europa. Im vorliegenden Band geht es um religiöse Gruppen, die politisch mobilisieren. Er enthält auch Beispiele für ursprünglich säkulare politische Gruppen, die bereits autoritäre und rechte Strategien verfolgten und sich erst in der Folgezeit eine religiöse Sprache aneigneten, um neue Überzeugungskraft zu gewinnen (z. B. die italienische Rechtspartei Lega, die konservativ-christliche Ideen vor allem als Reaktion auf die Einwanderung aus muslimischen Ländern übernommen hat). Neuerdings wird das letztgenannte Phänomen auch als „*Hijacking of Religion*“ bezeichnet (Marzouki, McDonnell und Roy 2015; Hennig und Weiberg-Salzman 2021). Viele rechtsextreme Bewegungen in Europa beschreiben sich ausdrücklich als säkular und kritisieren nicht nur den Islam, sondern auch christliche Werte, Glaubensinhalte und Institutionen, die sie bei Themen wie Einwanderung und Religionsfreiheit für zu nachsichtig halten. Dennoch bemüht diese säkulare postreligiöse Rechte oftmals weiterhin christliche Symbole und Sprache als säkularisierte Identitätsmarker der Nation, was Cremer (2023) einen „gottlosen

Kreuzzug" nennt, der die Grundlage für einen „Pakt mit dem Teufel" zwischen der regulären säkularen und identitären Rechten und der Unterströmung der christlichen Rechten schafft.

Was ist *neu* an der christlichen Rechten in Europa?

Das vorliegende Buch ist das erste, das den Begriff „*Christliche Rechte in Europa*" in seinem Titel aufgreift. Was ist das Besondere an diesem Begriff und warum ist er *neu*? Ist es möglicherweise übertrieben, von einer europäischen christlichen Rechten zu sprechen, angesichts der bestehenden konfessionellen Uneinigkeit und der liturgischen und lehrmäßigen Unterschiede, die typisch für die religiöse Landschaft in Europa sind (Lo Mascolo 2021)? Während Europa historisch und kulturell durch das Christentum, das Judentum und den Islam geprägt ist, ist der Kontinent heute stark säkularisiert und zeichnet sich durch eine Vielzahl von Religionen, Ethnien und Weltanschauungen aus. Ungeachtet des anhaltenden Trends zu immer größerer Säkularisierung und Pluralisierung in allen europäischen Gesellschaften (Inglehart 2008; Casanova 2006), spielen die christlichen Kirchen in der europäischen Politik weiterhin mit. Mit einigen Abweichungen stehen viele Kirchen für gesellschaftlich konservative Vorstellungen im Sinne der oben genannten Parameter (Patriarchat vor Gleichberechtigung, Hierarchie vor Demokratie, Kollektiv vor Individuum, Religion vor Säkularität und Pflichten vor Freiheiten), während andere sehr progressive Werte vertreten (insbesondere in Bezug auf Umweltschutz oder Einwanderung). Bis vor wenigen Jahrzehnten galten die meisten konservativen Anschauungen der Kirchen in sozialen Fragen gesellschaftlich als Mehrheitsmeinung oder befanden sich sogar am progressiven Ende der Spanne. Es genügt hier darauf hinzuweisen, dass Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder nationaler Herkunft in den Vereinigten Staaten erst 1964 auf Drängen der religiös inspirierten

Bürgerrechtsbewegung verboten wurde; dass Scheidungen in Italien erst 1970 erlaubt wurden; dass homosexuelles Verhalten in Österreich bis 1971 strafbar war und dass körperliche Gewalt als legitimer Aspekt der elterlichen Sorge in Westdeutschland erst 1980 verboten wurde. Viele Dinge, die für uns heute Teil des freiheitlich-demokratischen Konsenses sind, wie die Gleichstellung der Frau und die Achtung der Geschlechtervielfalt, sind in Wahrheit Errungenschaften neueren Datums.

In diesem Zusammenhang stechen *übliche* christliche Positionen im Gesamtkontext der Liberalisierung und Säkularisierung, die Europa (und die Vereinigten Staaten) seit Jahrzehnten prägen, als konservativ oder rechtsextrem hervor (Inglehart und Norris 2004). Könnte es daher sein, dass die christliche Rechte in Europa – zumindest in Bezug auf ihre *Ideen* – letztlich nichts Neues ist? Dass es sie schon immer gegeben hat und sie erst jetzt sichtbar wird, wo Gesellschaften zunehmend post-christlich werden? Für die Autor*innen des vorliegenden Bandes ist die christliche Rechte kein Randphänomen, sondern etwas, das man von der (kleiner werdenden) christlichen Volkskirche entlang der drei oben skizzierten Dimensionen (Ideen - Institutionen – Strategien) unterscheiden muss. Die Begriffswahl stammt von der *amerikanischen christlichen Rechten*, und so diskutieren wir die Frage, was an diesem Phänomen in Europa *neu* ist, und beziehen uns dabei auf die christliche Rechte in den Vereinigten Staaten.

Der Aufstieg der amerikanischen christlichen Rechten als politische Bewegung begann in den 1970er Jahren (Schulman und Zelizer 2008; Dowland 2015; Lassiter 2008). In den 1960er und 1970er Jahren veränderte sich die amerikanische Gesellschaft rasant: Die Bürgerrechtsbewegung beendete die Rassentrennung; feministische Kämpfe erkämpften unter anderem die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen; und die sogenannte *Counter Culture*, die mit sexueller Befreiung und neuen Lebensstilen einherging, führte zu einer tiefgreifenden

Veränderung der Jugendkultur. Die Aufhebung der Rassentrennung hatte unter anderem einen Konflikt zwischen religiösen Colleges und der Regierung der Vereinigten Staaten zur Folge: Diese drohte, Colleges, die schwarzen Studierenden die Zulassung verweigerten, den Status der Steuerfreistellung zu entziehen. Die religiösen Colleges betrachteten dies als Angriff auf ihre Religionsfreiheit (Balmer 2021). Mit anderen Worten: Mitte der 1970er Jahre geriet das bisherige Ideal der amerikanischen Sozialpolitik - die weiße, christliche Mittelstandsfamilie mit einem Vater, der den Lebensunterhalt verdient, einer nicht berufstätigen Mutter und ihrem biologischen Nachwuchs - in eine Krise.

Konservative Politiker*innen und christliche Akteur*innen machten für die Kultur der Freizügigkeit und die Folgen der sexuellen Revolution den Einfluss linker Ideen sowie die Säkularisierung und die Aushöhlung der christlichen Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft verantwortlich. In den 1980er Jahren erlebten die Vereinigten Staaten den Aufstieg der *Moral Majority*, der ersten christlich-rechten Bewegung, die Ronald Reagans Präsidentschaftswahlkampf erfolgreich unterstützte. Die von dem Fernsehprediger Jerry Falwell gegründete Vereinigung entwickelte sich schnell zu einer von Baptist*innen dominierten, nichtkonfessionellen christlichen Bewegung, die sich gegen Homosexuellenrechte, Schwangerschaftsabbruch, Empfängnisverhütung, Sexualekundeunterricht usw. aussprach. Ihre Hervorhebung von Werten und Moral trug dazu bei, die rassistischen Ursprünge der christlichen Rechten zu kaschieren, die es vorzog, sich auf Moralpolitik statt auf Rassenfragen zu konzentrieren, um einen breiten Konsens und die Unterstützung des politischen Mainstreams der Republikaner*innen zu erlangen (Balmer 2021; Flowers 2019). Rassismus und weiße Überlegenheit blieben dennoch wichtige ideologische Komponenten der Bewegung, die von zeitgenössischen Wissenschaftler*innen auch

als „*White Christian Nationalism*“ (*weißer christlicher Nationalismus*) bezeichnet wird (Gorski und Perry 2022).

Unterdessen vollzogen sich die sozialen Umwälzungen der 1960er und 1970er Jahre in Europa vor einem ganz anderen historischen Hintergrund: Europa erholte sich noch immer von den Auswirkungen des Nationalsozialismus, des Faschismus und der Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs, und es war durch die Konfrontation mit der UdSSR und durch den Eisernen Vorhang zwischen Ost und West belastet. Insbesondere die evangelischen Kirchen hatten sich diskreditiert, indem sie zunächst den Faschismus und Nationalsozialismus unterstützten und später nur halbherzig bekämpften, während die katholische Kirche von Anfang an im antinazistischen Widerstand aktiv war, auch wenn sie die Entstehung des klerikalen Faschismus, einer Mischung aus Faschismus und Christentum in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, toleriert hatte (Feldman und Turda 2007). Beide kehrten nach dem Krieg auf das politische Spielfeld zurück, gedemütigt und bereit für die Etablierung einer säkularen und freiheitlich demokratischen Ordnung. Mit Ausnahme Spaniens, Portugals und Griechenlands, wo die Allianzen zwischen der faschistischen Führung und dem Klerus bis zu ihrem Niedergang Mitte der 1970er Jahre andauerten (auch wenn Geistliche oft im Untergrund an Widerstandsaktivitäten beteiligt waren), wurden die Kirchen in den meisten westeuropäischen Ländern zu mächtigen Pfeilern der liberalen Demokratie. Sie unterhielten beispielsweise Verbindungen zum politischen Establishment (insbesondere zu christdemokratischen Parteien), spielten eine entscheidende Rolle bei der Einführung der liberalen Demokratie und der europäischen Integration, um ihre Interessen zu wahren (Grzymała-Busse 2015), und traten anderweitig als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft in Erscheinung.

Im kommunistischen Teil Europas wurden sämtliche Kirchen und religiösen Gruppen von den kommunistischen Regimen unterdrückt und hatten kaum eine

Möglichkeit, politisch aktiv zu werden. Die westeuropäischen christlichen Kirchen und die christdemokratischen Parteien vertraten weitgehend sozialkonservative Positionen und lehnten die politischen Forderungen der feministischen Bewegung und der Studentenbewegung der 1960er und 1970er Jahre ab. Ihre politischen Kontrahent*innen waren in der Regel die ebenso mächtigen sozialdemokratischen Parteien, obgleich diese oft von religiösen Akteur*innen wie den religiösen Sozialist*innen inspiriert wurden. Infolge dieser politischen Konstellation gingen zahlreiche umstrittene Politiken (z.B. in den Bereichen Schwangerschaftsabbruch und Scheidung) als Kompromisslösungen zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien und gegen den Willen der zögerlichen Kirchen durch, während bei anderen Themen die Kirchen an der Spitze der fortschrittlichen Bewegung standen, wie in der Friedens- und Umweltbewegung (Minkenberg 2003).

Die Situation in Europa unterschied sich von der in den Vereinigten Staaten, wo religiös-konservative und progressive Gruppen chancengleich und auf Augenhöhe (*level playing field*) agierten und jede Seite versuchte, durch politische Lobbyarbeit für ihre Ziele öffentliche Unterstützung und Einigkeit zu erlangen. Während in den USA nichtstaatliche Akteur*innen kohärente und strategische Allianzen zur Unterstützung der Republikanischen Partei schmiedeten, übte in Europa die staatliche Kofinanzierung eine größere Kontrolle über den gemeinnützigen Sektor aus (Hennig 2022).

Das metaphorische *playing field* (Spielfeld) in den USA verwandelte sich bald in ein Schlachtfeld, und die amerikanischen Kulturkriege (*culture wars*), ein Begriff, den der Soziologe James D. Hunter in seinem gleichnamigen Buch (1991) geprägt hat, begannen sich zu entfalten. Hunters Buch geht von der Beobachtung aus, dass die Moraldebatten in der amerikanischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr in erster Linie durch konfessionelle Unterschiede zwischen Protestant*innen,

Katholik*innen sowie Jüdinnen und Juden bestimmt wurden, sondern vielmehr durch ideologische Differenzen zwischen moralisch progressiven und moralisch konservativen Kräften. Wichtig ist, dass diese Trennlinie nicht zwischen dem säkularen und dem religiösen Teil der amerikanischen Gesellschaft verlief - auch wenn ein Großteil der gängigen Narrative dies so darstellen -, sondern dass sie sich quer durch die Religionsgemeinschaften zog. Auf beiden Seiten der kulturkriegerischen Trennlinie gründeten sich soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen, um politische Ziele gezielt voranzutreiben. Auf der progressiven Seite setzten sich feministische Bewegungen und LGBTIQA+-Gruppen für Gleichberechtigung und Inklusion ein; auf der konservativen Seite widersetzten sich familienfreundliche Gruppen und Abtreibungsgegner*innen derartigen Veränderungen. Nichtregierungsorganisationen, wie *Focus on the Family*, *Family Research Council*, *American Family Forum*, *Concerned Women for America*, *Campaign Life Coalition* und *American Life League* taten sich zusammen und bildeten eine einheitliche, mächtige christlich-rechte Bewegung mit direktem Einfluss auf die Politik (Flowers 2019). Diese Institutionen und ihre Führungsspitzen definierten die Ideen, Institutionen und Strategien des christlich-rechten Konservatismus, die heute in Europa maßgebend sind.

Das amerikanische Modell des zivilgesellschaftlichen Organisierens stand in starkem Gegensatz zu den kooperativen Modellen der Beziehung zwischen Staat und Kirche, die in den meisten europäischen Ländern bestehen blieben. Angesichts der Rolle der Kirchen und der christlich-rechten Volksparteien vor den 1990er Jahren gab es in Westeuropa keinen wirklichen Gegenentwurf zum intellektuellen und institutionellen (Ideen-Institutionen-Strategien) Komplex der amerikanischen christlichen Rechten. Dieser besteht aus mächtigen, mitgliederstarken Nichtregierungsorganisationen und wohlhabenden Stiftungen und umfasst einen

ganzen Strauß an Themen (Waffenrechte, Schwangerschaftsabbruch, Pornografie, Schulgebete, Rasse usw.). Bis in die 1990er Jahre war die Situation für eine moralisch-konservative Mobilisierung in Europa somit eine ganz andere als in den USA. Dass wir heute - wie im vorliegenden Buch - von einer christlichen Rechten in Europa sprechen, geht auf einen Prozess zurück, der allgemein als *Globalisierung der amerikanischen Kulturkriege* definiert wird (Berkley Center 2019; Hennig 2022).

Wissenschaftler*innen verbinden die Globalisierung der amerikanischen Kulturkriege (und damit den amerikanischen, christlich-rechten Ideen-Institutionen-Strategien-Komplex) mit der Erweiterung des internationalen Menschenrechtsschutzes. Ab den 1990er Jahren begannen die UN-Institutionen, sich mit Themen zu befassen und diese in ihre Menschenrechtsarbeit einzubeziehen, die christliche Konservative von der Liste der Menschenrechtspolitik fernhalten wollten: Frauenrechte, sexuelle Orientierung und Geschlechtergleichstellung, Kinderrechte und reproduktive Rechte (Bob 2012; Marshall 2017; Butler 2000; Kuhar und Paternotte 2017; Chappel 2006; Buss und Herman 2003).

Neben den amerikanischen, konservativen Nichtregierungsorganisationen spielte auch die katholische Kirche unter Papst Johannes Paul II. eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung moralisch konservativer Positionen zu Familien- und Frauenfragen im Rahmen der Vereinten Nationen. Es dauerte nicht lange, bis sie mit Unterstützung des globalen Südens und oft in Opposition zum eher säkular orientierten Westen eine Kooperation gegen die UN-Agenda einging. Der Vatikan erkannte, dass seine unnachgiebigen Positionen in Bezug auf Sexualmoral und reproduktive Rechte in der stark säkularisierten westeuropäischen Öffentlichkeit keine breite Unterstützung mehr fanden (McIntosh und Finkle 1995, 248). Folglich konzentrierte sich die katholische Kirche stärker auf den globalen Süden und öffnete sich gleichzeitig der amerikanischen christlichen Rechten, indem sie mit nicht-katholischen Gruppen wie

Evangelikalen, Protestant*innen, Christlich-Orthodoxen und Anglikaner*innen sowie gelegentlich auch mit jüdischen und muslimischen Gruppen zusammenarbeitete. Mit anderen Worten: Zu einem Zeitpunkt, an dem sich - vor allem in Westeuropa - die Landeskirchen auf progressivere Positionen zubewegten und nicht mehr in der Lage oder willens waren, die politischen Entscheidungen ihrer Regierungen zu beeinflussen, traten alternative Akteur*innen auf den Plan, insbesondere die konservativen zivilgesellschaftlichen Organisationen der amerikanischen christlichen Rechten.

Das Ende des Kalten Krieges beschleunigte die Globalisierung der amerikanischen Kulturkriege. In ganz Mittel- und Osteuropa kehrte die Religion nach Jahrzehnten des Kommunismus in den öffentlichen Raum zurück und spielte oft eine entscheidende Rolle in den Demokratiebewegungen im ehemaligen Ostblock, wie die Solidarność-Bewegung in Polen und die friedliche Revolution in Ostdeutschland eindrücklich zeigen (siehe Casanova 1994). Obwohl wirtschaftsliberal und demokratisch geprägt, waren viele der neuen EU-Mitgliedsstaaten überwiegend sozial konservativ und hatten daher wenig übrig für Pluralismus und Minderheitenrechte, für die in den EU-Rahmenvorschriften plädiert wird. Religion und moralische Werte kristallisierten sich als eine neue und unerwartete Kluft im säkularen Europa heraus (Katzenstein 2006).

In Russland leiteten die russisch-orthodoxe Kirche und der zunehmend autokratische Führungsstil von Wladimir Putin eine konservative Wende ein, die auf traditionellen Werten, Patriotismus und Antiliberalismus beruhte. Russlands traditionalistische Wende war jedoch nicht nur hausgemacht. Russische, christlich-rechte Akteur*innen übernahmen Ideen, institutionelle Formen und Strategien der amerikanischen christlichen Rechten, mit der sie über viele Jahre hinweg in regelmäßigem Austausch standen (Stoeckl 2020).

Kurzum: So, wie wir in den 2010er Jahren Zeug*innen einer *Europäisierung* der amerikanischen Rechten mit der Aneignung säkularer europäischer identitärer, ethnopluralistischer und populistischer Methoden und Rhetorik durch die Trump-Bewegung wurden (Cremer 2023), erleben wir in Europa seit den 1990er und 2000er Jahren den Aufstieg eines kohärenten, christlich-rechten Komplexes, der das traditionelle Kooperationsmodell zwischen Staat und Religion in Europa in Frage stellt. Diese europäische christliche Rechte ähnelt und kopiert - in Bezug auf Ideen, Institutionen und Strategien - die amerikanische christliche Rechte und ist in mancher Hinsicht sogar direkt mit ihr verbunden. Doch so wie der Trumpismus kein Abklatsch der säkularen, identitären populistischen Rechten in Europa ist, ist auch der ultrakonservative christliche Aktivismus in Europa nicht einfach eine Kopie der christlichen Rechten in den USA; vielmehr ist er das Ergebnis intensiver transnationaler Interaktionen zwischen lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen, die einen bemerkenswerten organisatorischen Zusammenhalt aufweisen.

Diese Organisationen und Gruppen haben sich an die politischen, religiösen und kulturellen Gegebenheiten des europäischen Kontinents angepasst und in ihre neuen Umgebungen, in denen sie erfolgreich operieren, eingebettet. So hat beispielsweise die amerikanische, christlich-rechte Anwaltskanzlei *Alliance Defending Freedom* eine internationale Niederlassung in Wien eröffnet, von wo aus sie Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg führt (ADF International 2022). Eine weitere Organisation, das *American Center for Law and Justice*, hat ein Büro in Straßburg eröffnet und mischt sich regelmäßig in politische Debatten im Europarat und in der Europäischen Kommission ein (ECLJ 2018). Im vorliegenden Band finden sich zahlreiche Beispiele für europäische Organisationen mit Verbindungen zur oder Wurzeln in der amerikanischen christlichen Rechten. Ein

prominentes Beispiel ist der *World Congress of Families*, der von mehreren Autor*innen besprochen wird. Die Fallstudien im vorliegenden Band deuten darauf hin, dass es in ganz Europa eine relativ kohärente *Blaupause* der christlichen Rechten gibt: die Betonung von Rechten, Basis-NGOs als Organisationsform, der Einsatz von Lobbyarbeit und strategischer Prozessführung, die Nähe zu rechten (rechtsextremen) Parteien und das Invisieren von internationalen Organisationen und Gerichtsverfahren auf höchster Ebene.

Vorherrschende Merkmale und Strategien der europäischen christlichen Rechten

Hauptthemen

Die zunehmende Ähnlichkeit mit der christlichen Rechten in den USA in Bezug auf Strategie und gemeinsame Narrative sowie die Konvergenz und Entwicklung miteinander verflochtener Netzwerke von Basisbewegungen, Kirchen und rechtsextremen Parteien zeigt sich in Europa besonders deutlich in den gemeinsamen geschlechterfeindlichen Aktionen (Behrens, Heimbach-Steins, und Hennig 2019). Tatsächlich belegen die im vorliegenden Band vorgestellten Fallstudien, dass die christliche Rechte in Europa durch zwei vorherrschende Themen zusammengehalten wird: Geschlechterfeindliche Vorstellungen (Kováts und Pöim 2015; Graff und Korolczuk 2022) und Ängste vor Einwanderung (Schain 2018; Hennig und Weiberg-Salzmann 2021). Bis zu einem gewissen Grad lassen sich diese beiden Themen mit einer einzigen Anschauung verbinden, nämlich dem weißen, christlichen Nationalismus, wie er von Gorski und Perry (2022) für die Vereinigten Staaten beschrieben wurde.

Während der weiße, christliche Nationalismus in den USA ein spezielles Produkt der amerikanischen Sklavereigeschichte und des Gründungsmythos als

christliche Nation ist, der zu einem Nationalismus führte, der ausdrücklich auf Rassen basiert und pro-christlich ist, ist der Nationalismus in Europa historisch gesehen deutlich säkularer und kultureller geprägt. Er beruht insbesondere auf der Ablehnung der Einwanderung aus muslimischen Ländern und Subsahara-Afrika sowie auf der Ablehnung von Pluralismus, Vielfalt und Nichtdiskriminierung, für die sich die progressive Seite des politischen Spektrums und die europäischen Institutionen stark machen. Die Vorstellung der Verteidigung des *christlichen Europas* ist in erster Linie eine identitäre und säkularisierte Idee des *Zivilisationismus* (siehe Brubakar 2017), die ein breites Spektrum von Themen umspannt: Pro-Natalismus und traditionelle Geschlechterrollen; Anti-Immigrationspolitik; Intoleranz gegenüber dem Islam; die Überzeugung, dass das Christentum eine überlegene Religion und fortschrittlicher gegenüber anderen ist; und christlicher Nationalismus, nicht zuletzt, weil er Säkularismus hervorgebracht hat und als kultureller Identitätsmarker verwendet wird. In einigen Ländern, wie in Deutschland und den Niederlanden, gelang es christlich-rechten Akteur*innen, christlich-nationalistische Narrative mit Corona-Verschörungstheorien zu vermischen und so neue Mitglieder zu mobilisieren und zu radikalisieren; dabei wurde deren bereits vorhandene Skepsis gegenüber der liberalen Demokratie und der Geschlechter- und Einwanderungspolitik entsprechend ausgenutzt (Strube 2023; Van der Tol 2023).

Die Darstellung des Islam als äußere und zunehmend auch innere Bedrohung nach dem 11. September 2001 förderte den Schulterschluss zwischen ultrakonservativen Christ*innen und dem eher säkularen, rechtsextremen Mainstream in Europa (Brubakar 2017; Cremer 2023). Die Bekanntheit der Theorie des *Kampfes der Kulturen* (Huntington 1993), die besagt, dass religiöse Identitäten nach dem Ende des Kalten Krieges ein wesentlicher Grund für Konflikte werden würden, erhärtete das Konzept eines säkularisierten, historisch christlichen Europas im Krieg mit dem Islam.

Rechtsradikale Parteien waren bereits jahrzehntelang fremdenfeindlich gewesen (Wodak und Reisigl 2000), doch mit dem Erstarken des globalen Islamismus zu einer großen politischen Bedrohung in den 2000er und 2010er Jahren verschmolzen lang gehegte fremdenfeindliche Haltungen mit antimuslimischem Rassismus. Der Nativismus und die Befürwortung geschlossener Grenzen führten zu Wahlerfolgen für populistische, rechtsradikale Parteien. Als Teil einer Strategie zur Ablenkung von inhärentem Rassismus, der mit der Hetze gegen Migrant*innen einhergeht, wurde Religion zunehmend als wichtiges Identitätsmerkmal der *Anderen* eingesetzt (Marzouki et al. 2015).

Im säkularen Europa trat das Christentum oft erst angesichts dieser religiösen Definition des *Anderen* als *muslimisch* in Erscheinung – an der Seite des Säkularismus oder der *Laïcité* als analoger kultureller Identitätsmarker des *Wir*. Entscheidend ist, dass dies empirisch nicht mit einem Wiederaufleben irgendeiner Form von christlichem Glauben, christlicher Praxis oder Zugehörigkeit in Europa zusammenfiel. Vielmehr war es symptomatisch für eine Kulturalisierung - vielleicht sogar eine Säkularisierung - der christlichen Symbole in den zunehmend säkularen Gesellschaften Europas. Im *gottlosen Kreuzzug* der europäischen extremen Rechten ist eine klare Abgrenzung des Christentums als Glaube von der *Christenheit* als kulturellem Identitätsmerkmal der Nation erkennbar (Cremer 2023; Roy 2019; Brubakar 2017).

Interkonfessionelle und transnationale Zusammenarbeit

Ein zentrales Merkmal der christlichen Rechten in Europa ist die interkonfessionelle Zusammenarbeit. Was macht diese Zusammenarbeit zwischen verschiedenen religiösen Glaubensgemeinschaften - katholisch, evangelisch, anglikanisch, orthodox, evangelikal u.a. – so besonders? In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu berücksichtigen, dass Europa eine Geschichte von Religionskriegen

und religiöser Intoleranz hat (Casanova 2009). Bis vor nicht allzu langer Zeit ging die Wissenschaft davon aus, dass die Hauptkonfliktlinien in Europa von Religion und Kultur bestimmt werden (Spohn 2009; Katzenstein 2006). Das Phänomen der christlichen Rechten in Europa zeigt, dass die für die heutigen europäischen Gesellschaften relevanten Konfliktlinien (zumindest meistens) nicht entlang staatlicher Grenzen oder kultureller, sprachlicher und religiöser Frontlinien verlaufen, sondern quer durch alle Gesellschaften (Stoeckl 2011): Es handelt sich um Wertekonflikte.

Wie in den Vereinigten Staaten, wo Hunter (1991) auf interkonfessionelle Verbindungen als Hauptmerkmal der christlichen Rechten verwies, kollaborieren auch in Europa christliche Gruppen sowohl über religiöse Traditionen hinweg als auch mit säkularen Strömungen: Eine Organisation wie der *World Congress of Families* bringt katholische, evangelische und orthodoxe Christ*innen im Namen des Anti-Genderismus oder gemeinsamer konservativer Werte zusammen und kooperiert mit Anhänger*innen eines strikten Säkularismus (*laïcité*) auf der *National Conservatism Conference*. Der Widerstand in Europa steht in engem Zusammenhang mit dem Konzept der Genderideologie und propagiert die Vorstellung, dass Geschlechterdiversität und sexuelle Vielfalt eine fundamentale Bedrohung für die Gesellschaft darstellen. Diese Idee wurde zunächst von Geistlichen der katholischen Kirche vorangetrieben (Bracke und Paternotte 2016) und später sowohl von der christlichen, als auch von der säkularen populistischen Rechten in Europa verbreitet. Diese Zusammenarbeit zwischen theologisch gegensätzlichen Glaubensgemeinschaften ist insofern bemerkenswert, als sich insbesondere traditionalistische und fundamentalistische Gruppen der Ökumene, die sich in der Nachkriegszeit entwickelt hatte, äußerst feindselig gegenüberstanden und ihr Gegenüber oft als ketzerisch und sektierisch empfanden.

Jedoch befürworten nicht alle religiösen Akteur*innen diese Art der Zusammenarbeit. Tatsächlich hat der Vatikan unter Papst Franziskus seine Position zu den globalen Kulturkriegen geändert und die transnationalen Netzwerke der christlichen Rechten als „Ökumene des Hasses“ bezeichnet (Spadaro und Figueroa 2017). Der größte Teil des katholischen Aktivismus, der in diesem Buch vorgestellt wird, passiert also trotz der Zurückhaltung der katholischen Kirche, sich mit der extremen Rechten in Europa und den USA zu verbünden (Casanova 2020). Gleichmaßen ist die Unterstützung rechtsextremer Bewegungen durch die evangelischen Großkirchen vorwiegend auf das Bestreben der konservativen Basis in Opposition zur liberalen Ausrichtung und Führung der Kirche zurückzuführen. Dieses Bemühen der konservativen Basis geht teilweise auf den zunehmenden kulturellen und mithin auch politischen Einfluss des Evangelikalismus amerikanischer Prägung innerhalb des Christentums in Europa zurück (Elwert und Radermacher 2017).

Die russisch-orthodoxe Kirche hingegen spielt eine bedeutende Rolle bei der Organisation der transnationalen christlichen Rechten (Stoeckl und Uzlaner 2022). Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat das Bild inzwischen verändert und macht die Zukunft der Rolle Russlands in interkonfessionellen Allianzen unübersichtlicher. Aus der Perspektive der globalen Kulturkriege ist es lediglich von zweitrangiger Bedeutung, ob die an den Kämpfen Beteiligten katholische, evangelische oder orthodoxe Christ*innen sind. Denn das entscheidende Kriterium ist, ob sie sich als konservativ oder liberal identifizieren. Diese Dualität, die den amerikanischen Kontext seit den 1970er Jahren prägt, beginnt sich nun auch auf die Politik in Europa auszuwirken.

Der transnationale Charakter der christlichen Rechten ist nicht in erster Linie das Ergebnis eines von unten nach oben gerichteten Engagements national organisierter, christlich-rechter Netzwerke, sondern wird strategisch genutzt, um das Selbstverständnis der christlichen Rechten als erfolgreiche globale Bewegung zu

stärken. Die enge, länderübergreifende Zusammenarbeit der christlichen Rechten steht nicht im Widerspruch zu ihrer christlich-nationalistischen Ideologie, da sie sich mit ihren europäischen Kolleg*innen in einem gemeinsamen Kampf vereint sehen (Hennig und Hidalgo 2021).

Im Gegensatz zu populistischen, rechtsextremen Parteien in der EU gibt es in der christlichen Rechten in Europa weniger grundlegende politische Meinungsverschiedenheiten, die eine transnationale Koalitionsbildung behindern könnten. Vielmehr können diese Netzwerke populistische Instrumente in vollem Umfang nutzen, ohne der Notwendigkeit zu unterliegen, Programme und Gesetze vorzuschlagen, die institutionelle und internationale Normen und Auflagen berücksichtigen.

Beziehungen zu rechten Parteien

Die Entstehung der christlichen Rechten in Europa steht in einem verschachtelten und komplizierten Verhältnis zum Aufstieg der populistischen, rechtsradikalen Parteien, die sich in den letzten 15 Jahren im europäischen System etabliert haben (Mudde 2020). Infolgedessen sind Politiker*innen und Geistliche in ihren Beziehungen zueinander anfangs eher vorsichtig, um die etablierten öffentlichen Normen zwischen Politik und Religion nicht zu übertreten.

Während religiöse Tropen, Narrative und Symbole seit zehn Jahren vermehrt von rechtsradikalen Parteien verwendet werden, sind diese Parteien darauf bedacht, nicht als eindeutig christlich-rechte Parteien wahrgenommen zu werden. Grund dafür ist, dass ihre Verbindung zum christlichen Fundamentalismus säkulare oder heidnische rechtsextreme Anhänger*innen abschrecken und ihre Strategien zur Gewinnung weiterer Wähler*innen aus der politischen Mitte behindern könnte. Während selbst rechtsgerichtete Geistliche oft ebenso vorsichtig sind, rechtsextreme

Parteien nicht offen zu unterstützen, gehören die liberalen, etablierten Volkskirchen oft zu den lautstärksten Kritiker*innen der extremen Rechten in Europa (siehe Cremer 2021). Folglich können sich selbst außerordentlich konservative Geistliche darauf zurückziehen, rechtsextreme Ideen und Parolen zu unterstützen oder ihre politischen Gegner*innen und deren politische Ideologien zu kritisieren. Eine Überschreitung dieser Linie durch die offene Unterstützung bestimmter Kandidat*innen wird vermieden, da dies ihre Position und ihren Einfluss aufs Spiel setzen könnte, was wiederum zu Disziplinarverfahren innerhalb der hierarchisch organisierten Volkskirchen führen und das Ziel gefährden könnte, mehr innerkirchlichen Einfluss zu gewinnen.

Das Erstarren neuer christlich-rechter Organisationen bietet Christ*innen und ihren Glaubensführer*innen, die mit dem politischen Statusquo und den christdemokratischen und konservativen Parteien unzufrieden sind, politische Chancen. Diese Spaltung innerhalb der EU-Politik wurde nach der Zerrissenheit der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament im Jahr 2019 immer deutlicher. Vorwürfe bezüglich des politischen Kurses der Koalition führten zum Austritt ihres konservativsten Lagers, was neue europäische Fraktionen am rechten Rand zu Tage brachte – die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer sowie die Fraktion Identität und Demokratie. Während die meisten Mitglieder dieser Parteien säkulare Populist*innen sind, haben sich einige andere dem Netzwerk Agenda Europe angeschlossen, einer Allianz aus 20 in den USA ansässigen Denkfabriken und europäischen, christlich-rechten Organisationen, was die sich verändernde politische Landschaft in Europa unterstreicht (Graff, Kapur und Walters 2019; Chelini-Pont 2022).

Wie die Kapitel im vorliegenden Buch zeigen, hat die verhaltene Beziehung zwischen der christlichen Rechten und den rechten Parteien in Europa zu Ergebnissen

geführt, die nur teilweise mit denen in den USA vergleichbar sind. Erstens fungieren innerhalb der europäischen christlichen Rechten geschlechterfeindliche Nichtregierungsorganisationen als zentrale Plattformen für Politikgestaltung. Diese ermöglichen sowohl religiösen als auch politischen Akteur*innen, über institutionalisierte Muster und tradierte Normen in der Zusammenarbeit zwischen Politik und Religion hinauszugehen (Tranfić und Koch 2022). Dieses *Dreieck der Zusammenarbeit* zwischen rechtsextremen Parteien, konservativen Geistlichen und geschlechterfeindlichen Nichtregierungsorganisationen ist jedoch kein zwingender Baustein; es wird nur so lange benötigt, bis die offenen Verbindungen und Gutheißen zwischen Parteien und Kirche durch die bestehenden narrativen Allianzen erfolgreich enttabuisiert worden sind.

Zweitens hat sich das unbehagliche Bündnis zwischen rechten Christ*innen und der extremen Rechten von der Öffentlichkeit ins Hinterzimmer verlagert, weit entfernt von der kritischen Öffentlichkeit und dem eher liberalen christlichen Mainstream. Unverblünte parteipolitische Unterstützung, wie z. B. öffentliche Gebete von Geistlichen für Politiker*innen oder deren Wahl oder auch gemeinsame Auftritte bei Wahlkundgebungen und Gottesdiensten, sind eher selten und werden von den Volkskirchen entschieden abgelehnt. Diese verurteilen nach wie vor geschlossen die extreme Rechte und versuchen, diese bei ihren Wähler*innen mit gesellschaftlichen Tabus zu belegen (Cremer 2023). Anders als in den Vereinigten Staaten wählen Christ*innen in Europa im Durchschnitt deutlich seltener rechtsextreme Parteien als ihre säkularen Nachbar*innen, weshalb Wissenschaftler*innen von einer langjährigen religiösen Immunität gegen die extreme Rechte in Europa sprechen (Siegers und Jedinger 2021; Cremer 2023; Perrineau 2017; Arzheimer und Carter 2009; Montgomery und Winter 2015). Schließlich führen die vorbenannte Geheimniskrämerei sowie der Vergleich mit der lautstarken christlichen Rechten in den

USA dazu, dass die Öffentlichkeit, die Politik und die Wissenschaft sowie religiöse Gruppen selbst die Lage unterschätzen. Daher ist es rechtsextremen Parteien möglich, transnationale Netzwerkbildung und Mittelbeschaffung zu betreiben, ohne dabei Aufmerksamkeit zu erregen.

Lawfare

Eine weitere wesentliche Strategie bei der Zusammenarbeit zwischen christlich-rechten Organisationen in Europa ist der sogenannte *Lawfare*. *Lawfare* beschreibt die Inanspruchnahme von Anwaltskanzleien zur Erreichung politischer Ziele und zwar in Form von „legalisierten Auseinandersetzungen über politischen und sozialen Wandel, bei denen ideologisch opponierende Gruppen Rechte, Gesetze und Gerichte als Kampfinstrumente und -schauplätze nutzen“ (Gloppen 2023, 1). Diese Dynamik geht mit der Justizialisierung der Politik einher (Hirschl 2011) und verlagert Konflikte im Bereich Migration, Geschlecht und Sexualität von der politischen Bühne in die Gerichte. Sie gewinnt zunehmend an Bedeutung durch die laufenden Bemühungen, die Antidiskriminierungs- und Sexualerziehungspolitik innerhalb der Europäischen Union zu harmonisieren, sowie durch die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wie im Kapitel über das Vereinigte Königreich analysiert wird (Hatcher 2023). Die Unterstützung und Führung von Gesetzesinitiativen gegen Schwangerschaftsabbrüche oder gleichgeschlechtliche Ehen stützen sich zunehmend auf ein transnationales Netzwerk von Anwaltskanzleien, die sich an die Menschenrechtsnormen im Bereich üble Nachrede und Verleumdung anpassen, die sowohl in lokalen als auch in supranationalen Institutionen gelten (Yamin, Datta und Andi3n 2018). So greifen sie beispielsweise Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Institutionen mit strategischen Klagen gegen öffentliche Teilhabe (engl: *strategic lawsuits against public participation*, kurz SLAPPs) an, um sie zum Schweigen zu

bringen und einzuschüchtern. Der Einsatz juristischer Strategien zur Erreichung ihrer politischen Ziele ähnelt einer anderen Strategie, der sich die christliche Rechte häufig bedient, nämlich der Formulierung ihrer Argumente in einer säkularen Sprache, um so ihre Anziehungskraft und ihren Einfluss zu erhöhen – auch bekannt als *strategischer Säkularismus* (Bailey 2002, Cornejo-Valle und Blázquez-Rodríguez, 2022).

Die Unterschiede in den Rechtssystemen haben die Vorstellung verfestigt, dass es einen Konflikt zwischen dem Recht auf Geschlechterdiversität und traditionellen Familienwerten gibt. Während viele westeuropäische Länder einer individualistischen Rechtstradition folgen und das Recht auf Geschlechterdiversität auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsstandards verteidigen, haben zahlreiche konservative Regierungen in Mittel- und Osteuropa und insbesondere in Russland neue Gesetze zur Förderung traditioneller Familienwerte konzipiert (Mancini und Palazzo 2021, S. 409).

Online-Räume und die christliche Rechte

Durch die wachsende Beliebtheit von Social-Media-Plattformen, wie Facebook und Twitter, in Europa sind diese zu mächtigen Instrumenten für politische und religiöse Gemeinschaften geworden, um ihre Wähler*innenschaft zu mobilisieren, traditionelle Medien zu umgehen und die Bedeutung ihrer eigenen Ideologien aufzublähen. Das Internet bietet nicht nur eine kostengünstige Plattform zur Förderung verschiedenster Kampagnen, sondern auch die Möglichkeit der Anwerbung und Erreichung neuer Zielgruppen. Ursprünglich traten der Aktivismus der christlichen Rechten und der Antifeminismus als getrennte Bewegungen auf. Die GamerGate-Kontroverse (ein Ausbruch von Frauenfeindlichkeit im Internet unter dem Deckmantel ethischer Standards für den Spielejournalismus) löste jedoch neue Diskussionen über Möglichkeiten im Umgang mit Online-Belästigung aus und bereitete den Boden für

eine Radikalisierung innerhalb der rechtsextremen Bewegungen (Ging 2019), was schließlich zu einer symbiotischen Verbindung führte.

Diese Verschränkung führte zu dem gemeinsamen Narrativ einer vermeintlichen Bedrohung und legte den Grundstein für das Entstehen rechtsgerichteter Bündnisse überall in Europa (Fejős und Zentai 2021). Familienpolitische Themen wurden für diese Gruppen zum Dreh- und Angelpunkt, und Online-Räume dienten als perfekte Plattform zur Ermöglichung einer politischen Neuausrichtung. Die sozialen Medien spielten bei der Verbreitung dieses Narrativs eine zentrale Rolle, indem sie die lautesten Stimmen verstärkten. Angetrieben durch Algorithmen, die darauf ausgelegt waren, das Engagement in die Höhe zu treiben, verbreiteten sie die entsprechenden Botschaften und entfachten Wechselwirkungen. Auf diese Weise wurden umstrittene religiöse Debatten – insbesondere solche über Geschlecht und Sexualität – nicht nur bekannt gemacht, sondern durch die intensive Nutzung sozialer Medien zum Mainstream und zur Normalität (Persily und Tucker 2020). Diese Plattformen nährten eine eigentümliche Mischung aus religiösem und nativistischem Gedankengut und bereiteten die Bühne für eine neue Welle konservativer Diskurse auf dem gesamten europäischen Kontinent.

Die Konflikte im Zusammenhang mit Belästigungen im Internet haben die strategischen Ansätze der christlich-rechten Organisationen erheblich beeinflusst. Zunächst einmal mussten die Organisationen mit der sich verändernden Medienlandschaft Schritt halten, ihre Botschaften modifizieren und ihre Ideen an die Standards anpassen, die durch Vorschriften im Bereich Hassrede festgelegt worden waren. Beispielsweise mussten sie weichere Inhalte oder Codes verwenden, die entweder schwerer zu erkennen sind oder nicht mehr gegen Gemeinschaftsstandards verstoßen. Aufgrund dieser Anpassungen durch christlich-rechte Gruppen spielen die gängigen Social-Media-Plattformen, einschließlich Instagram und Facebook, weiterhin

eine wichtige Rolle in den Kommunikations- und Anwerbestrategien der christlichen Rechten, auch wenn dafür zunehmend alternative Messaging-Dienste wie Telegram genutzt werden. Diese Plattformen hosten christliche Influencer*innen und etablierte christlich-rechte Pressekanäle, wodurch sie ihre Reichweite erhöhen.

Zudem haben diese Organisationen erhebliche Ressourcen in die Entwicklung alternativer Strategien für soziale Medien investiert. Ihr Ziel besteht darin, die in den Gesetzen gegen Hassrede auferlegten Beschränkungen zu umgehen. So nutzen sie verschiedene andere Plattformen und alternative Nachrichtenkanäle und transferieren ihre Printmedien erfolgreich in die digitale Welt.

Ein hervorragendes Beispiel für die Besetzung und Ausgestaltung von Online-Räumen durch christlich-rechte und geschlechterfeindliche Netzwerke ist die Entwicklung und Verbreitung der Plattform CitizenGO. CitizenGO wurde 2013 von HatzeOir, einer in Madrid ansässigen, geschlechterfeindlichen Organisation, ins Leben gerufen und ist eine weltweit ausgerichtete, mehrsprachige Plattform für Online-Petitionen, die sich Themen wie Anti-Gender-Aktivismus, Schwangerschaftsabbruch und Religionsfreiheit zu eigen gemacht haben (Barrera-Blanco, Cornejo-Valle und Pichardo 2023). Ziel ist es, bereits vorhandene Anhänger*innen zu mobilisieren und neue Unterstützer*innen mit unterschiedlichem Hintergrund zu gewinnen. In ihren Petitionen verweisen sie auf vermeintlich objektive und fachbezogene, rechtsextreme Nachrichtenportale, die wiederum ebenfalls zu HatzeOir gehören und indirekt auf rechtsextreme Parteien als politische Umsetzungsorgane ihrer Ansichten verweisen (Datta 2021).

Zum Geschäftsmodell gehört auch, dass CitizenGO nach eigenen Angaben seine Technologie anderen Nichtregierungsorganisationen kostenlos zur Verfügung stellt. In erster Linie aber werden die über die Petitionen erfassten personenbezogenen Daten und Interessen der Nutzer*innen weitergegeben, um weitere Petitionen, Artikel,

Demonstrationsaufrufe und auf bestimmte Interessen zugeschnittene Nutzer*innenorganisationen zu entwickeln (Datta 2021).

Diese alternativen Strategien bieten nicht nur Plattformen für ihre Botschaften, sondern gewährleisten auch die Kontinuität ihrer Kommunikationsbemühungen trotz strenger Vorschriften.

Astroturfing und Finanzen

Die zunehmende Nutzung von sozialen Medien hat zu erfinderischen politischen Strategien geführt, die sich sowohl auf rechtsradikale Parteien als auch auf die christlich-rechten Netzwerke in Europa auswirken. Das sogenannte *Astroturfing*, eine Taktik zur Täuschung der Öffentlichkeit über die wahren Dimensionen und Ursprünge einer Kampagne, ist ein wichtiges Mobilisierungsinstrument der christlichen Rechten.

Zunächst wird *Astroturfing* genutzt, um eine mangelnde weitreichende Popularität zu vertuschen. Dazu werden im Internet falsche organisatorische Aktivitäten aufgebaut, die den Eindruck einer vermeintlich spontanen Graswurzelbewegung erwecken. Die christlich-rechten Gruppen, die in den Kapiteln des vorliegenden Buches analysiert werden, sind im Großen und Ganzen Minderheiten in ihren jeweiligen nationalen Kontexten. Ihre ultrakonservativen, rechtsgerichteten Ansichten vertreten selbst in ihren eigenen Kirchen meist nur eine Minderheitenmeinung. Doch obgleich es sich um kleine Organisationen mit wenigen Mitgliedern handelt, sind viele Organisationen der christlichen Rechten online sehr aktiv. Eines der Ziele des *Astroturfing* ist die Manipulation potenzieller Zielgruppen, beispielsweise von Politiker*innen, denen vorgegaukelt wird, dass die politischen Forderungen von einem erheblichen Teil der Wähler*innenschaft unterstützt werden.

Wie Strube aufzeigt (2023), wird *Astrourfing* eingesetzt, um potenzielle Unterstützer*innen zu manipulieren und sie in dem Glauben zu lassen, dass sie Teil einer Massenbewegung sind. In Wirklichkeit werden die meisten dieser Organisationen jedoch von einigen wenigen moralisch-konservativen Unternehmer*innen kontrolliert, von denen einige mehrere solcher Organisationen parallel betreiben. Die Anhänger*innen werden ermutigt und in ihrem Radikalisierungsprozess und ihrer sozialen Isolation gestärkt – ein Effekt, der online noch ausgebaut und vergrößert wird (Zerback und Töpfl 2022). Dies wird als Strategie genutzt, um Online-Diskurse zu beeinflussen und die Wahrnehmung sozialer Normen im Internet zu verändern sowie christlich-rechtes Gedankengut zu normalisieren. Diese Strategie hat zur Folge, dass Ideen, die eigentlich radikale, extremistische und randständige Meinungen im theologischen und politischen Mainstream vertreten, verstärkt und legitimiert werden.

Außerdem wird *Astrourfing* eingesetzt, um die Herkunft von Geldern zu verschleiern. Während die meisten christlich-rechten Organisationen vorgeben, dass ihre Finanzierung durch ihre Basis erfolgt, zeigen Untersuchungen des Europäischen Parlamentarischen Forums (EPF) für Sexuelle und Reproduktive Rechte (Datta 2021), wie wichtig transnationale Verbindungen, reiche Sponsor*innen aus der Wirtschaft und Stiftungen für die Sicherung finanzieller Mittel für christlich-rechte Aktivitäten sind. Nach Angaben der EPF kam ein erheblicher Teil der Finanzmittel für Anti-Gender-Akteur*innen in Europa zwischen 2009 und 2018 aus den USA, insbesondere von christlich-rechten Organisationen. Organisationen wie die Billy Graham Evangelistic Association, das American Center for Law and Justice, die Alliance Defending Freedom International sowie mehrere andere amerikanische Organisationen der christlichen Rechten haben ihre finanzielle Unterstützung für europäische Organisationen seit 2009 verdoppelt und unterstützen europäische Netzwerke mit

finanziellen Mitteln und strategischer Beratung. Das Geld, das die amerikanische christliche Rechte in Europa verteilt, lässt sich zu konservativen Stiftungen und Großspender*innen wie der Koch-Familie zurückverfolgen, deren Reichtum auf fossilen Brennstoffen beruht und die die christliche Rechte, die Republikanische Partei und eine Reihe von Klimawandelleugner*innen in den USA maßgeblich unterstützen.

Die führende Rolle, die der Kreml und die russisch-orthodoxe Kirche in den letzten zehn Jahren bei der Förderung des christlich-rechten Gedankenguts gespielt haben, spiegelt sich auch in den Netzwerken zur Mittelbeschaffung wider. Oligarchen wie Wladimir Jakunin und Konstantin Malofejew, die enge Beziehungen zu Putin und Patriarch Kirill unterhalten, haben Denkfabriken, Institute, Konferenzen und Nachrichtenportale gegründet, um ihre ethnonationalistischen, demokratie- und geschlechterfeindlichen Überzeugungen in Russland und im Ausland zu verbreiten. Einige russische, christlich-rechte Akteur*innen haben zudem Kooperationsabkommen geschlossen, über die sie rechtsextreme Parteien in Europa finanzieren, wie die italienische Lega und das Rassemblement National in Frankreich (Shekhovtsov 2017). Während die Sanktionen nach der Annexion der Krim 2014 wenig dazu beigetragen haben, die finanzielle Unterstützung für europäische geschlechterfeindliche und christlich-rechte Organisationen aus Russland zu stoppen, werden die nach der russischen Invasion in die Ukraine 2022 verhängten Sanktionen mit höherer Wahrscheinlichkeit einschneidende finanzielle Folgen für die ultrakonservativen Organisationen haben, die bis dato von russischen Geldern profitiert haben.

Am wichtigsten ist, dass ein zunehmender Anteil der Mittel für geschlechterfeindliche Aktivitäten nicht von privaten Spender*innen kommt, sondern aus öffentlichen Quellen stammt. In einigen Fällen werden Steuergelder von konservativen Politiker*innen und Regierungen zur Finanzierung von Programmen

christlich-rechter Gruppen verwendet. Beispiele dafür sind sogenannte Schwangerschaftskrisenzentren und Organisationen, die reaktionäres Material für den Sexualekundeunterricht an öffentlichen Schulen verbreiten (Datta 2021), wie etwa in Spanien und Italien. Die illiberalen Regierungen in Polen und Ungarn wiederum fördern aktiv christlich-rechte Nichtregierungsorganisationen, wie Ordo Iuris (verbunden mit Tradition, Familie, Eigentum), mit Geldern aus EU-Fonds (Graff und Korolczuk 2022; Curanović 2021). Häufig gründen sie staatlich organisierte Nichtregierungsorganisationen, die Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement nachahmen und gleichzeitig die sozialkonservativen Ideen der Regierungen im In- und Ausland stärken.

Erfolge und Gefahren

Ein roter Faden in diesen Beispielen sind gemeinsame politische Ziele und Strategien, die sich über verschiedene Regionen und Wertesysteme erstrecken: Die Schwächung der liberalen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; Veränderungen der Rolle und der Zusammensetzung der obersten Gerichte; vehementer Widerstand gegen sexuelle Vielfalt oder Geschlechtergleichstellung; und populistische, nationalistische Programme, die darauf abzielen, Menschen, die als fremd oder einfach *anders* identifiziert werden, zu marginalisieren und zu diskriminieren (Hennig 2021).

Die politische Erfolgsbilanz der christlichen Rechten in Europa weist eine erhebliche Variationsbreite auf. Die Beiträge im vorliegenden Buch legen einen Zusammenhang zwischen dem Einfluss der christlichen Rechten in einem bestimmten Land und dem Erfolg illiberaler politischer Akteur*innen nahe. In Ländern wie Polen und Ungarn, wo die christliche Rechte eine beträchtliche Wähler*innenschaft hat, hat sie eine bedeutende Rolle beim Aufstieg und bei der Aufrechterhaltung der illiberalen

Regierungen gespielt. Im Gegensatz dazu hat sich die christlich-rechte Politik in Russland zu einem bedeutsamen Mittel insbesondere für die Gestaltung der Außenpolitik entwickelt. Im restlichen Europa ist der politische Erfolg der christlichen Rechten unterschiedlicher Natur und hängt eng mit der Popularität und den Wahlerfolgen der Parteien zusammen, die ihre Ideologie unterstützen. Da, wo diese Parteien erfolgreich waren, haben ihre Bemühungen – je nach politischen Gewicht – zu Verzögerungen und Hindernissen bei der Verabschiedung von Gesetzen oder zur Verschärfung bestehender Gesetze sowie zur Beteiligung am *lawfare* geführt. In Ländern, in denen Volksabstimmungen möglich sind, ist es christlich-rechten Organisationen und Netzwerken gelungen, Beschränkungen zu durchbrechen, wie zum Beispiel in Kroatien (Grozdanov und Zelič 2023) und Rumänien (Alecă 2023).

Die christliche Rechte in Europa stellt eine unmittelbare, aber weniger sichtbare Bedrohung dar, indem sie den gesellschaftlichen Diskurs bewusst manipuliert und beeinflusst, beispielsweise durch die Anwendung von Strategien, die mit den amerikanischen Kulturkriegen in Verbindung gebracht werden. Inspiriert von den Taktiken der Neuen Rechten, die darauf abzielt, den vorpolitischen Raum zu politisieren, ermöglicht die globale Ausrichtung der Kulturkriege eine schnelle Einfuhr und Anpassung der neuesten, sich im Umlauf befindlichen Taktiken, Argumente und Strategien. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Verwendung von Transfeindlichkeitsnarrativen (Brockschmidt 2022). Darüber hinaus bieten Kulturkriegsstrategien die Möglichkeit, Bündnisse mit säkularen, rechtsextremen Parteien zu schmieden, zu schockieren und über das eigene Zielpublikum hinauszugehen und so den säkularen, konservativen Mainstream und den breiteren öffentlichen Diskurs zu beeinflussen.

Die gravierenden Folgen dieser Strategien lassen sich in den Vereinigten Staaten deutlich erkennen. Im Laufe der Jahrzehnte hat ihre Umsetzung zu einer Eskalation von Polarisierung und Spaltung geführt, was zu einem erheblichen Niedergang des gesellschaftlichen Diskurses und zur Erosion des sozialen Zusammenhalts geführt hat. Bis heute sind die politischen Auswirkungen spürbar, beispielsweise die Radikalisierung der Republikanischen Partei während und nach der Präsidentschaft Trumps, Trumps politische Maßnahmen, wie das berüchtigte Einreiseverbot für Muslime und Muslime von 2017, und die Aufhebung von Roe v. Wade im Fall Dobbs 2022 (Gorski und Perry 2022). Es wird oft behauptet, dass diese polarisierenden Strategien zur Radikalisierung der politischen Rechten in den USA beigetragen haben, die im Sturm auf das Capitol 2021 gipfelte.

Der Aufstieg der christlichen Rechten in Europa bedroht Kirchen und religiöse Traditionen gleichermaßen. Konservative Kirchen und Religionsgemeinschaften teilen oft die ideologische Basis der christlichen Rechten und ihre Vorstellungen über Geschlecht, Familie und Schwangerschaftsabbruch. Sie neigen jedoch nicht dazu, die institutionellen Ambitionen und strategischen Anschauungen rechter Gruppen zu teilen oder zu unterstützen; manchmal erheben sie ihre Stimme auch gegen sie. Die etablierten Kirchen bleiben den traditionellen Hierarchien, der Unterstützung der liberalen Demokratie und den konsensorientierten Dialogen mit den Regierungen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet haben, verbunden. Aus theologischer Sicht bedroht der Aufstieg der christlichen Rechten die grundlegenden christlichen, dogmatischen Überzeugungen, insbesondere jene, die sich auf die Würde und Gleichbehandlung aller Menschen beziehen, und birgt die Gefahr, dass Ideen, Identitäten oder Ideologien an die Stelle der Universalität Gottes treten. Der konfrontative Stil der christlichen Rechten und ihre Verbindung zur nativistischen extremen Rechten kann Gläubige jedoch verprellen, insbesondere diejenigen, die

einer ethnischen Minderheit angehören, die sich in zahlreichen Gemeinden zu einer Mehrheit entwickelt. Doch so wie die christlich-rechten Parteien an Boden gegenüber rechtsextremere Gruppen verlieren, wird den etablierten Kirchen von sektiererischen und radikalen Mitgliedergruppen der Rang streitig gemacht.

Ein Überblick über die christliche Rechte in Europa

Der vorliegende Band enthält Analysen christlich-rechter Bewegungen in 20 europäischen Ländern (Belarus, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, und Vereinigtes Königreich) sowie eine Betrachtung ihrer Aktivitäten in den europäischen Institutionen.

Die ersten vier Kapitel nach der Einleitung folgen zunächst nicht der alphabetischen Reihenfolge. Sie sind von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, die christliche Rechte in Europa zu verstehen. Der Beitrag über die europäische Blase bietet nicht nur einen Überblick über die verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, die versuchen, geschlechterfeindliche Gesetze auf europäischer Ebene voranzutreiben, sondern beleuchtet auch die geballten und transnationalen Anstrengungen der christlichen Rechten. Der Beitrag über Russland hebt die besondere Rolle hervor, die russische Akteur*innen innerhalb der christlichen Rechten spielen, sowie den Einfluss, den sie auf den Ukraine-Konflikt und die europäische Landschaft insgesamt ausüben. Die Beiträge über Polen und Ungarn veranschaulichen, wie mächtige und einflussreiche christlich-rechte Akteur*innen zur Erosion der Demokratie in Europa potenziell beitragen können.

Um die Vergleichbarkeit und den Zugang zu erleichtern, beginnt jeder Beitrag mit einer Kurzdarstellung des politischen Systems und der politischen Landschaft,

gefolgt von einem Überblick über die religiöse Landschaft, die das jeweilige Land kennzeichnet: Wie sieht das verfassungsmäßige Verhältnis zwischen Kirche und Staat aus? Welches sind die größten Glaubensgemeinschaften und traditionellen Zugehörigkeiten, und wie haben sich diese im Laufe der Zeit entwickelt? Anschließend identifizieren die Autor*innen die jeweiligen Protagonist*innen der christlichen Rechten in den von ihnen analysierten, spezifischen Kontexten. Gibt es Gruppierungen/ Glaubensgemeinschaften, die ultrakonservativ sind und aktiv politische Allianzen anstreben? Wer sind sie? Sind sie an interkonfessionellen Bündnissen interessiert? Sind es christliche Minderheitengruppen oder eher christliche Mehrheiten, die sich an Prozessen der Politisierung oder Radikalisierung der Religion beteiligen? Die Autor*innen des vorliegenden Bandes - und aufmerksame Leser*innen - erkennen in den Fallstudien zahlreiche internationale Verbindungen und Parallelen zwischen gleichgesinnten Parteien und Organisationen.

In jedem Beitrag werden die Narrative und Ideologien, die die entsprechenden christlich-rechten Gruppen antreiben, identifiziert und analysiert. Einige dieser Narrative sind insofern transversal, als sie in vielen Ländern (in verschiedenen Sprachen und mit unterschiedlichen religiösen Schwerpunkten) existieren, während andere eher länderspezifisch sind. Schließlich befassen sich alle Beiträge mit der Frage, wie erfolgreich christlich-rechte Gruppen auf der politischen Arena sind – auf nationaler Ebene, aber auch auf Ebene der transnationalen Bündnisbildung oder der EU-Institutionen.

Die Fülle der im vorliegenden Band enthaltenen Informationen macht deutlich, dass die christliche Rechte in Europa keine bloße Randerscheinung ist, sondern eine echte Bedrohung für die liberale Demokratie darstellt. Die Kapitel legen dar, dass christlich-rechte Politik in vielen Bereichen der Politikgestaltung erfolgreich und in vielen Ländern Teil des politischen Establishments geworden ist. Christlich-rechtes

Gedankengut lässt sich in vielen europäischen Institutionen und Regierungen finden, unter anderem in den Regierungskoalitionen in Italien, Schweden, Österreich, Polen und Ungarn. In einigen dieser Kontexte fügen sich christlich-rechte Vorstellungen nahtlos in eine ältere christlich-demokratische Agenda ein; in anderen stellen sie einen Bruch dar und machen dem gemäßigeren christlich-demokratischen Mainstream den Rang streitig (Biebricher 2018). Dabei darf nicht übersehen werden, dass diese Entwicklung eine neue politische Heimat für fundamentalistische Christ*innen geschaffen hat, die dem politischen Establishment und seinen Kirchen ohnehin schon kritisch gegenüberstehen, weil diese mit der Zeit *zu* liberal, reformistisch oder kompromissbereit geworden sind. Diese fundamentalistischen Christ*innen findet man zwar innerhalb der Kirchen und auch innerhalb der extremen Rechten, ihre Forderungen werden aber von politisch-rechten Akteur*innen, die ihre radikalen Ideen aufgreifen, verstärkt. Auch wenn diese Tonangeber*innen vielleicht nicht mit allen Aspekten einer religiösen Lehre übereinstimmen, geschweige denn sie in ihrem Privatleben befolgen, schlagen sie dennoch politisches Kapital aus einer positiven Sprache der Religion, Kultur, Tradition und Familie.

Ziel des Buches ist, Akademiker*innen, politische Entscheidungsträger*innen, Geistliche und Kirchenfunktionäre und Leser*innen insgesamt über ein politisches Phänomen aufzuklären, das eine echte Herausforderung für die liberale Demokratie darstellt. Unterschiedliche Weltanschauungen und normative Verpflichtungen auszubalancieren, ist ein wesentliches Element einer jeden Demokratie. Religiöse und säkulare Empfindungen miteinander in Einklang zu bringen, kann scheitern und zu Kompromissen und Frustration führen. In modernen Gesellschaften ist das ganz normal, und keine Seite - weder die progressive noch die konservative - ist davor gefeit, Kompromisse eingehen zu müssen. Der Ausgangspunkt für den vorliegenden Band liegt aber woanders: Er geht von der Beobachtung aus, dass sich die

Politisierung christlicher Ideen in Europa in den letzten ein oder zwei Jahrzehnten verschoben und einer stärkeren Polarisierung, neuen Formen der Mobilisierung und neuen politischen Strategien Vorschub geleistet hat. Rechtsextreme Parteien, die in der Vergangenheit entweder heidnisch oder unreligiös waren, haben das Christentum als kulturelles Identitätsmerkmal des *Wir* gegen das *muslimische Andere* für sich entdeckt und fordern damit die etablierten Kirchen, die Wissenschaftstheologie sowie unsere demokratischen Institutionen heraus. Das vorliegende Buch belegt die Dringlichkeit, die Entwicklungen und Dynamiken dieses Phänomens zu verstehen. Es ist zu hoffen, dass Akademiker*innen, politische Entscheidungsträger*innen, religiöse Geistliche und Kirchefunktionäre sowie alle, die sich für die Entwicklung von Demokratie und Konstitutionalismus in Europa stark machen, von dem Buch profitieren werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Bettina von Arps-Aubert

Literaturverzeichnis

- Adam, C. (2018, March 20). "Hungary's Pentecostal Faith Church overtly endorses Viktor Orbán." *Hungarian Free Press*. <https://hungarianfreepress.com/2018/03/20/hungarys-pentecostal-faith-church-overtly-endorses-viktor-orban/>
- ADF International. (2022). "Our legacy cases." ADF International. <https://adfinternational.org/legacy/>
- Alecu, A. R. (2023). "Religious actors and their political agenda in Romania: From the family referendum to the rise of the AUR." In G. Lo Mascolo (Ed.), *The Christian Right in Europe: Movements, Networks and Denominations*. Bielefeld: Transcript.
- Almond, G. A., Appleby, S. R., and Sivan, E. (2003). *Strong Religion: The Rise of Fundamentalisms around the World*. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Arzheimer, K. and Carter, E. (2009). Christian Religiosity and Voting for West European Radical Right Parties. *West European Politics* 32 (5). 985-1011.
- Bailey, M. E. (2002). "The wisdom of serpents: Why religious groups use secular language." *Journal of Church and State* 44(2), 249–269. <https://doi.org/10.1093/jcs/44.2.249>
- Balmer, R. (2021). *Bad Faith: Race and the Rise of the Religious Right*. Grand Rapids: Eerdmans.
- Barrera-Blanco, J., Cornejo-Valle, M. and Pichardo, J.I. (2023). Indirect Path to Power - The Far-Right Catholic Agenda in Spain in: G. Lo Mascolo, *The Christian Right in Europe: Movements, Networks and Denominations*. Bielefeld: Transcript
- Behrensen, M., Heimbach-Steins, M., and Hennig, L. E. (2019). *Gender–Nation–Religion: Ein internationaler Vergleich von Akteursstrategien und Diskursverflechtungen*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Berkley Center. (2019). "The globalization of the American Cultural Wars." [YouTube video.] <https://www.youtube.com/watch?v=uTYarnDJ6B0>
- Biebricher, T. (2018). *Geistig-moralische Wende: Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Bob, C. (2012). *The Global Right Wing and the Clash of World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bracke, S., and Paternotte, D. (2016). "Unpacking the sin of gender." *Religion and Gender* 6(2), 143–154. <https://doi.org/10.18352/rg.10167>
- Brockschmidt, A. (2022, June 15). "The anti-trans hate machine's conspiracies don't stop at the US border." *Religion Dispatches*. <https://religiondispatches.org/the-anti-trans-hate-machine-brings-its-conspiracies-to-europe/>
- Buss, D., and Herman, D. (2003). *Globalizing Family Values: The Christian Right in International Politics*. Minneapolis and London: University of Minnesota Press.
- Butler, J. (2000, April 6). "For faith and family: Christian Right advocacy at the United Nations." *The Public Eye* IX(2/3). <https://www.politicalresearch.org/2000/09/01/faith-and-family-christian-right-advocacy-united-nations>
- Brubaker, R. (2017). "Between nationalism and civilizationism: The European populist moment in comparative perspective." *Ethnic and Racial Studies* 40(8), 1191–1226. <https://doi.org/10.1080/01419870.2017.1294700>
- Casanova, J. (2006). Religion, European secular identities, and European integration." In T. A. Byrnes and P. J. Katzenstein (Eds.), *Religion in an Expanding Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 65–92.
- Casanova, J. (2009). *Europas Angst vor der Religion*. Berlin: Berlin University Press.
- Casanova, J. (2020). "Transnationalism and religion: The European Union, from Christian-democratic project, to secular cosmopolitanism, to populist 'Christian' neo-nationalism." In F. Höhne and T. Meireis (Eds.), *Religion and Neo-Nationalism in Europe*. Baden-Baden: Nomos, 27–48.

- Chappel, L. (2006). "Contesting women's rights: Charting the emergence of a transnational conservative counter-network." *Global Society* 20(4), 491–520. <https://doi.org/10.1080/13600820600929853>
- Chelini-Pont, B. (2022). "The American Catholic right in the making of US Christian populism and its European incursion." In M. Gayte, B. Chelini-Pont, and M. J. Rozell (Eds.), *Catholics and US Politics after the 2020 Elections: Biden Chases the "Swing Vote."* Palgrave Studies in Religion, Politics, and Policy. Cham: Springer International Publishing, 47–76.
- Cornejo-Valle, M., and Blázquez-Rodríguez, M. (2022). "Secularismo estratégico. Una semiótica de la relevancia católica en el espacio público" *Papeles del CEIC*, vol. 2022/1, papel 258, 1-17
- Cremer, T. (2021). "Nations under God: How church–state relations shape Christian responses to right-wing populism in Germany and the United States." *Religions* 12(4), 254. <https://doi.org/10.3390/rel12040254>
- Cremer, T. (2023). "A religious vaccination? How Christian communities react to right-wing populism in Germany, France and the US." *Government & Opposition* 58(1), 162–182. <https://doi.org/10.1017/gov.2021.18>
- Curanović, A. (2021). "The international activity of Ordo Iuris: The Central European actor and the global Christian Right." *Religions* 12(12), 1038. <https://doi.org/10.3390/rel12121038>
- Datta, N. (2021). *Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality and Reproductive Health in Europe 2009–2018*. Brussels: EPF. <https://www.epfweb.org/sites/default/files/2021-08/Tip%20of%20the%20Iceberg%20August%202021%20Final.pdf>
- Dowland, S. (2015). *Family Values and the Rise of the Christian Right*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- ECLJ. (2018). "New challenges to the freedom of religion in Europe in the light of the recent judgments of the ECHR." European Center for Law and Justice. <https://eclj.org/religious-freedom/echr/new-challenges-to-the-freedom-of-religion-in-europe-in-the-light-of-the-recent-judgments-of-the-echr>
- Elwert, F., and Radermacher, M. (2017). "Evangelikalismus in Europa." In F. Elwert, M. Radermacher, and J. Schlamelcher (Eds.), *Handbuch Evangelikalismus*. Bielefeld: Transcript Verlag, 173–188.
- Evolvi, G. (2023). "The World Congress of Families: Anti-Gender Christianity and Digital Far-Right Populism" *International Journal of Communication* 17(2023), 2805-2822
- Fejós, A., and Zentai, V. (Eds.). (2021). *Anti-Gender Hate Speech in Populist Right-Wing Social Media Communication*. GENHA project. <http://genha.eu/publications-reports>
- Feldman, M., and Turda, M. (2007). "'Clerical fascism' in interwar Europe: An introduction." *Totalitarian Movements and Political Religions* 8(2), 205–212. <https://doi.org/10.1080/14690760701321098>
- Flowers, P. (2019). *The Right-to-Life Movement, the Reagan Administration and the Politics of Abortion*. Palgrave Studies in the History of Social Movements. London: Palgrave.
- Ging, D. (2019). "Bros v. hos: Postfeminism, anti-feminism and the toxic turn in digital gender politics." In D. Ging and E. Siapera (Eds.), *Gender Hate Online: Understanding the New Anti-Feminism*. Cham: Springer International Publishing, 45–67.
- Gloppen, S. (2023). "Conceptualizing lawfare: A typology and theoretical framework." Centre on Law and Social Transformation, University of Bergen, 1–23.
- Gorski, P. S., and Perry, S. L. (2022). *The Flag and the Cross: White Christian Nationalism and the Threat to American Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Graff, A., Kapur, R., and Walters, S. D. (2019). "Introduction: Gender and the rise of the global right." *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 44(3), 541–560. <https://doi.org/10.1086/701152>
- Graff, A., and Korolczuk, E. (2022). *Anti-Gender Politics in the Populist Moment*. London and New York: Routledge.

- Grozdanov, Z., and Zelič, N. (2023). "From Catholic Church to religious–political movements: Religious populism's coming of age in Croatia." In G. Lo Mascolo, *The Christian Right in Europe: Movements, Networks and Denominations*. Bielefeld: Transcript.
- Grzymała-Busse, A. M. (2015). *Nations under God: How Churches Use Moral Authority to Influence Policy*. Princeton: Princeton University Press.
- Hennig, A. and Hidalgo, O. (2021). "The Ambivalences of Democracy: Religion and Illiberal Politics" in A. Hennig and M. Weiberg-Salzmann (Eds.), *Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond*. Frankfurt am Main: Campus, 35-64
- Hatcher, A. (2023). The Christian Right in the UK in: G. Lo Mascolo, *The Christian Right in Europe: Movements, Networks and Denominations*. Bielefeld: Transcript.
- Hennig, A. (2021). "Conclusion: Religion and illiberal politics: Patterns of an ambivalent relationship." In A. Hennig and M. Weiberg-Salzmann (Eds.), *Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond*. Frankfurt am Main: Campus, 527–549.
- Hennig, A. (2022, September 16). "Whose war? The nature and analysis of 'culture wars' in Europe and beyond." Illiberalism Project. Culture Wars Papers no. 16. <https://www.illiberalism.org/wp-content/uploads/2022/09/Culture-Wars-papers-no.-16-September-2022.pdf>
- Hennig, A., and Weiberg-Salzmann, M. (Eds.). (2021). *Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond*. Frankfurt am Main: Campus.
- Hirschl, R. (2011). "The juridicalization of politics." In R. E. Goodin (Ed.), *The Oxford Handbook of Political Science*. New York: Oxford University Press, 253–274.
- Hunter, J. D. (1991). *Culture Wars: The Struggle to Define America*. New York: Basic Books.
- Huntington, S. (1993). "The clash of civilizations." *Foreign Affairs* 72(3), 22–50. <https://doi.org/10.2307/20045621>
- Inglehart, R. (2008). "Changing values among western publics, 1970–2006: Postmaterialist values and the shift from survival values to self-expression values." *West European Politics* 31(1–2), 130–146.
- Inglehart, R., and Norris, P. (2004). *Sacred and Secular: Religion and Politics Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Katzenstein, P. J. (2006). "Multiple modernities as limits to secular Europeanization?" In T. A. Byrnes and P. J. Katzenstein (Eds.), *Religion in an Expanding Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–33.
- Kováts, E., and Pöim, M. (Eds.). (2015). *Gender as Symbolic Glue: The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilizations in Europe*. Brussels: FEPS in cooperation with the Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kuhar, R., and Paternotte, D. (Eds.). (2017). *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality*. Lanham: Rowman and Littlefield.
- Lassiter, M. D. (2008). "Inventing family values." In B. J. Schulman and J. E. Zelizer (Eds.), *Rightward Bound: Making America Conservative in the 1970s*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 13–28
- Lo Mascolo, G. (2021, March 12). "Sovereign nations under God: The interdenominational and international potential of the Christian Right in Europe." Religion–IR Blog of the International Studies Association's Section on Religion and International Relations no. 12. <https://religion-ir.org/blog/sovereign-nations-under-god-lo-mascolo>
- Madeley, J. T. S., and Enyedi, Z. (Eds.). (2003). *Church and State in Contemporary Europe*. London: Frank Cass.
- Mancini, S., and Palazzo, N. (2021). "The body of the nation: Gender and illiberalism." In A. Saió, R. Uitz, and S. Holmes (Eds.), *Routledge Handbook of Illiberalism*. New York: Routledge, 403–422. <https://doi.org/10.4324/9780367260569>
- Marshall, K. (2017). "Religious voices at the United Nations: American faith perspectives as an example." In A. Stensvold (Ed.), *Religion, State and the United Nations*. London and New York: Routledge, 127–136.
- Marty, M. E., and Appleby, R. S. (1991–1993). *The Fundamentalism Project*. Chicago: University of Chicago Press.

- Marzouki, N., McDonnell, D., and Roy, O. (Eds.). (2015). *Saving the People: How Populists Hijack Religion*. London: Hurst.
- McIntosh, C. A., and Finkle, J. L. (1995). "The Cairo Conference on Population and Development: A new paradigm?" *Population and Development Review* 21(2), 223–260. <https://doi.org/10.2307/2137493>
- Minkenbergh, M. (2003). "The policy impact of church–state relations: Family policy and abortion in Britain, France and Germany." In J. T. S. Madeley and Z. Enyedi (Eds.), *Church and State in Contemporary Europe*. London: Frank Cass, 195–217.
- Montgomery, K. and Winter, R. (2015). Explaining the Religion Gap in Support for Radical Right Parties in Europe. *Politics and Religion* 8 (2), 379-403.
- Mudde, C. (2009). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Perrineau, P. (2017). *Cette France des gauche qui vote FN*. Paris: Le Seuil
- Persily, N., and Tucker, J. A. (2020). *Social Media and Democracy: The State of the Field, Prospects for Reform*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Radio Free Europe / Radio Liberty. (2022, September 26). "Russian Patriarch Kirill says dying in Ukraine 'washes away all sins.'" <https://www.rferl.org/a/russia-patriarch-kirill-dying-ukraine-sins/32052380.html>
- Schain, M. A. (2018). "Shifting tides: Radical-right populism and immigration policy in Europe and the United States." Transatlantic Council on Migration. Migration Policy Institute. <https://www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/Schain-PopulismUSandEurope-Final-Web.pdf>
- Schulman, B. J., and Zelizer, J. E. (Eds.). (2008). *Rightward Bound: Making America Conservative in the 1970s*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Shekhovtsov, A. (2017). *Russia and the Western Far Right: Tango Noir*. London and New York: Routledge.
- Siegers, P., and Jedinger, A. (2021). "Religious Immunity to Populism: Christian Religiosity and Public Support for the Alternative for Germany" *German Politics* 30(2):149-169
- Spadaro, A., and Figueroa, M. (2017). "Evangelical fundamentalism and Catholic integralism: A surprising ecumenism." *La Civiltà Cattolica* 21(August). <http://www.laciviltacattolica.it/articolo/evangelical-fundamentalism-and-catholic-integralism-in-the-usa-a-surprising-ecumenism/>
- Spohn, W. (2009). "Europeanization, religion and collective identities in an enlarging Europe: A multiple modernities perspective." *European Journal of Social Theory* 12(3), 358–374. <https://doi.org/10.1177/1368431009337351>
- Stoeckl, K. (2011). "European integration and Russian Orthodoxy: Two multiple modernities perspectives." *European Journal of Social Theory* 14(2), 217–234. <https://doi.org/10.1177/1368431011403462>
- Stoeckl, K. (2020). "The rise of the Russian Christian Right: The case of the World Congress of Families." *Religion, State & Society* 48(4), 223–238. <https://doi.org/10.1080/09637494.2020.1796172>
- Stoeckl, K., and Uzlaner, D. (2022). *Moralist International: Russia in the Global Culture Wars*. New York: Fordham University Press.
- Strube, S. A. (2023). "The Christian Right in Germany." In G. Lo Mascolo (Ed.), *The Christian Right in Europe: Movements, Networks and Denominations*. Bielefeld: Transcript.
- Van der Tol, M. (2023). "Discerning anti-liberalism from the far right: Conservative Christianity in the Netherlands." In G. Lo Mascolo (Ed.), *The Christian Right in Europe: Movements, Networks and Denominations*. Bielefeld: Transcript.
- Van der Tol, M., and Gorski, P. (2022). "Secularisation as the fragmentation of the sacred and of sacred space." *Religion, State and Society* 50(5), 495–512. <https://doi.org/10.1080/09637494.2022.2144662>
- Tranfić, I., And Koch, T. (2022). "From Discourses To Actors: How Analyzing The Christian Right Can Further Our Ounderstanding Of Anti-Gender Mobilization." Engenderings: LSE Blog. <https://blogs.lse.ac.uk/gender/2022/12/12/From-Discourses-To-Actors-How->

Analyzing-The-Christian-Right-Can-Further-Our-Understanding-Of-Anti-Gender-Mobilization/Vista Agenzia Televisiva Nazionale. (2019). "Salvini bacia il rosario: 'L'immacolato cuore di Maria ci porterà alla vittoria.'" [YouTube video.] <https://www.youtube.com/watch?v=9L4NLDu-EpU>

- Wodak, R., and Reisigl, M. (2000). "'Austria first': A discourse–historical analysis of the Austrian 'anti-foreigner-petition' in 1992 and 1993." In M. Reisigl and R. Wodak (Eds.), *The Semiotics of Racism: Approaches in Critical Discourse Analysis*. Vienna: Passagen Verlag, 269–304.
- Yamin, E., Datta, N., and Andión, X. (2018). "Behind the frame: The roles of transnational actors in legal mobilization over sexual and reproductive rights." *Georgetown Journal of Gender and the Law* 3(19), 533–570.
- Zerback, T., and Töpfl, F. (2022). "Forged examples as disinformation: The biasing effects of political astroturfing comments on public opinion perceptions and how to prevent them." *Political Psychology* 43(3), 399–418. <https://doi.org/10.1111/pops.12767>